

sie bei ihrer Wahlentscheidung zu berücksichtigen. Sie bitten ihre Mitglieder, die Kandidaten der Parteien über ihre Programme und konkreten Vorhaben zu befragen. Zu den Veranstaltungen der katholischen Verbände sollten Kandidaten für den Bundestag eingeladen und mit ihnen ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen diskutiert werden. Die Entscheidungen des künftigen Parlaments haben Einfluß auf uns alle. Katholische Verbände haben zusammen mit an-

deren freien Kräften der Gesellschaft am Aufbau unseres Staates und seiner Ordnung entscheidend mitgewirkt. Sie halten es daher gerade im gegenwärtigen Augenblick für ihre Pflicht, nicht zu schweigen, sondern aus ihrer Verantwortung alles ihnen Mögliche zu tun, damit die kommende Wahl Freiheit und Recht, Fortschritt und Sicherheit in unserem Staat und dadurch auch in der Völkergemeinschaft gewährleistet.

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur gesellschaftspolitischen Entwicklung

Auf ihrer Herbsttagung in Fulda hat die Deutsche Bischofskonferenz neben einer Reihe von Stellungnahmen und Richtlinien zu Fragen des kirchlichen Lebens auch eine „Erklärung zur gesellschaftspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik“ verabschiedet. Diese versteht sich weder als Wahlhirtenbrief noch als Ersatz dafür. Ein Wort zur Wahl wurde gesondert beschlossen, in Fulda aber noch nicht veröffentlicht. Die Bischöfe sehen dieses Dokument als Fortsetzung der Reihe ihrer bisherigen Verlautbarungen zu Themen des gesellschaftspolitischen Bereichs. Das Dokument nimmt nicht zur gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt Stellung. Es ist in der Substanz ein Appell an alle gesellschaftlich verantwortlichen Kräfte, der, wie die Bischöfe feststellen, „immer mehr um sich greifenden Zerrüttung menschlicher Grundwerte“ zu wehren. Sie geben in teils auffallend scharfen Formulierungen ihrer Sorge über Trends Ausdruck, die sich in für die sittliche Qualität der Gesellschaft entscheidenden Fragen abzeichnen (öffentliche Sittlichkeit, Schutz des Lebens), sie sprechen aber auch andere politische Themen an (Familienpolitik, Reideologisierung in der Jugend, politischer Radikalismus). Adressaten der Erklärung sind nicht nur die politischen Parteien, sondern alle gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte. Hier der Wortlaut. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

In den letzten Jahren haben wir Bischöfe, wenn wir uns zur Vollversammlung trafen, immer wieder auch zu Fragen des gesellschaftlichen Lebens Stellung genommen: zum Frieden unter den Völkern und in der Gesellschaft (1968), zu den Menschenrechten (1968), zu den Gefahren rechts- und linksextremer politischer Bewegungen (1969), zur Zunahme von Gewalttaten (1970), zur Strafrechtsreform (1970), zur Verbreitung der Pornographie (1970), zur Verantwortung in der Wohlstandsgesellschaft (1971), zum Schutz des ungeborenen Lebens (1972).

Heute greifen wir ein Thema auf, das in letzter Zeit viele Menschen in unserem Volk bewegt. Es ist die immer mehr um sich greifende Zerrüttung der menschlichen Grundwerte. Wir hoffen, daß dieses Wort der Besinnung von den Gläubigen, von den gesellschaftlichen Gruppen und von den Verantwortlichen im öffentlichen Leben gut aufgenommen wird. Grund zu dieser Hoffnung sind die zahlreichen Kräfte der Erneuerung, die sich in vielen Teilen unseres Landes regen, sowie die Bereitschaft vieler, vor allem auch junger Menschen, in Staat, Gesellschaft und Gemeinden Verantwortung zu übernehmen. Ein Bekenntnis zu den sittlichen Werten und zur Menschenwürde ist auch eine tatkräftige Hilfe, die unser Volk zur Überwindung der Elendzustände in den Entwicklungsländern leistet.

Das alles ermuntert uns, getreu unserer Verantwortung für das allgemeine Wohl, unsere Besorgnisse auszusprechen und auf Abhilfe zu drängen.

I. Der Trend zum Abbau sittlicher Werte

In der modernen Gesellschaft ist der Trend unverkennbar, den einzelnen von persönlicher Verantwortung zugunsten der öffentlichen Hand zu „entlasten“. Dabei begehen wir einem Wider-

spruch. Auf der einen Seite werden Mündigkeit und Emanzipation gefordert, die sich freilich häufig als verantwortungslose Willkür erweisen. Auf der anderen Seite droht die Freiheit der einzelnen und der Gruppen durch immer stärkere Bevormundung von seiten des Staates und der Behörden in bedenklicher Weise ausgehöhlt zu werden. Derselbe Staat, der die sittlichen Grundwerte immer weniger schützt, greift mit seinen Anordnungen so tief in viele Lebensbereiche ein, daß die Eigenverantwortung, besonders im Bildungs- und Erziehungswesen sowie im sozial-caritativen Bereich, immer mehr eingeengt und dadurch verantwortliches Handeln verhindert wird.

Der Abbau der sittlichen Werte und das Zurückdrängen der persönlichen Verantwortung beginnen sich bereits in der Rechtsprechung auszuwirken. Noch in den fünfziger Jahren wurde die Übereinstimmung der entscheidenden Rechtsnormen mit dem Sittengesetz als selbstverständlich vorausgesetzt. Heute ist das nicht mehr der Fall.

Jeder Abbau der sittlichen Werte untergräbt die Fundamente der Gesellschaft und könnte für manche Politiker zur Versuchung werden, sozialen Utopien zu verfallen und den Forderungen unrealistischer Programme nachzugeben. Auf diese Weise würde der Staat in die Gefahr geraten, zu einer Gefälligkeitsdemokratie abgewertet zu werden.

II. Entwicklungen, die zu denken geben

Im folgenden weisen wir auf einige Entwicklungen hin:

1. Der Sinn für die unantastbare Würde des menschlichen Lebens scheint in unserer Gesellschaft zu schwinden. In manchen Kreisen wird der Satz des Grundgesetzes nicht mehr ernst genommen, daß die freie Entfaltung des einzelnen ihre Grenzen hat in den Rechten anderer und in dem Sittengesetz. Das zeigt unter anderem die Diskussion um die Reform des § 218 StGB, in der einem Verfügungsrecht der Frau über das ungeborene Leben das Wort geredet wird. Auch die bisher dem Bundestag vorliegenden Reformentwürfe laufen — wie wir bereits im Februar feststellen mußten — auf eine weitgehende Preisgabe des strafrechtlichen Schutzes des ungeborenen Lebens hinaus.

2. Die Zunahme der Gewaltverbrechen bis hin zum geplanten Mord aus ideologischen Gründen zeigt ebenfalls, daß das sittliche Bewußtsein in unserer Volke gefährdet ist. Eindeutig verbrecherische Handlungen werden von nicht wenigen Sympathisanten unterstützt und gedeckt. Schriften, die Anweisungen zur Gewalttätigkeit enthalten, erscheinen offen auf dem Büchermarkt. Gewaltdarstellungen laufen immer wieder am Bildschirm vor den Augen auch der Kinder ab. Die Geschäfte-macher der Pornographie bieten von Monat zu Monat immer skrupelloser Erzeugnisse an, in denen Sexualität mit Sadismus und Brutalität gekoppelt wird. Das alles wird nicht selten mit gesellschaftsreformerischen Ideologien verbrämt.

3. Wir alle haben in den letzten Monaten mit Entsetzen erleben müssen, wie die Gewalt auch in den politischen Auseinandersetzungen um sich greift. Neben kleineren Gruppen, welche die bestehende Ordnung mit Bomben und Mord umstürzen wollen,

sind vielschichtige Kräfte des politischen Extremismus am Werk, die dieses Ziel durch die Radikalisierung von Parteien, Gewerkschaften, Universitäten, Schulen und sonstigen gesellschaftlichen Institutionen erreichen wollen.

Wie wir uns erneut scharf gegen rechtsextreme Bewegungen wenden, so verurteilen wir auch entschieden linksextreme Gruppen, die eine utopische kommunistische Zukunftsgesellschaft anpreisen. Sie wollen ihr Ziel gegen den erklärten Willen der großen Mehrheit unseres Volkes durch die allmähliche Aushöhlung und Vernichtung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Parteien durchsetzen.

4. Extremistische Strömungen dieser Art zeigen sich insbesondere an einigen Hochschulen. Unter dem Schlagwort der „Demokratisierung der Hochschule“ setzen sich in den Entscheidungsgremien dieser Hochschulen häufig Extremisten durch. Das geschieht nicht selten deshalb mit Erfolg, weil besonnene Kräfte die Bedrohung nicht sehen, sich passiv verhalten oder bereits resigniert haben. Obwohl diese Entwicklung offen zutage liegt, scheinen viele Mitbürger die Gefährdung ihrer Freiheit nicht zu erkennen. Die Abwehr kommt zu spät, wenn die Verfechter dieser radikalen Ideologien die Schlüsselpositionen in unserer Gesellschaft bereits erobert haben und im Bildungswesen, in den Kommunikationsmedien und in der Politik ihren Terror ausüben.

5. Zu den erklärten Zielen dieser Gruppen gehört es, die schulische Jugend zu gewinnen. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, müssen wir damit rechnen, daß Schüler politisch manipuliert und ihren Eltern wie auch der Gesellschaft zunehmend entfremdet werden. Die Gefahr ist ernst. Weil die sittlichen Grundwerte verblassen, sucht diese Jugend vielfach in anderen Idealen einen neuen Lebensinhalt. Leider hat sich die so breit diskutierte Bildungsreform bisher weithin in der Entwicklung formaler und organisatorischer Modelle erschöpft. Damit wird jener geistige und sittliche Leerlauf an den Schulen verstärkt, der das Eindringen extremer politischer Heilslehren geradezu herausfordert. Die Bildungsplaner sollten erkennen, daß Schulen und Bildungsstätten trotz Milliarden-Aufwendungen versagen müssen, wenn sie die junge Generation nur einsatz- und funktionsfähig im Industriestaat machen wollen und nicht auch die sittlichen Kräfte der Schüler fördern, indem sie sich mit ihnen über Fragen nach dem Sinn des Lebens auseinandersetzen.

Angesichts der Spannungen und extremistischer Gruppierungen in Teilen unserer jungen Generation müssen wir uns allerdings fragen, ob nicht auch in unserer Gesellschaft manche Mängel und Ungerechtigkeiten festzustellen sind, die den Protest junger Menschen verständlich machen. Die Feststellung und Beseitigung solcher Mängel muß aber im Rahmen unseres Grundgesetzes und unter Mitwirkung aller Verantwortlichen geschehen.

6. Bedrückend ist das Versagen der Gesellschaft gegenüber der sozialen Lage der Familie, vor allem der Familie mit mehreren

Kindern bei geringem Einkommen. Die ohnehin unzureichenden finanziellen Mittel sind seit 1964 kaum erhöht worden, so daß diesen Familien, die unter der Geldentwertung besonders leiden, die anderen Gruppen gewährte Anpassung an das gestiegene Volkseinkommen versagt bleibt. Es ist eine dringliche Pflicht der sozialen Gerechtigkeit, die Anpassung des Familienlastenausgleichs durchzuführen, familiengerechte Wohnungen in ausreichender Zahl zu schaffen und gegen Mietwucher und Bodenspekulation vorzugehen. Es macht uns Sorge, daß die sittlichen Grundlagen von Ehe und Familie erschüttert werden, vor allem durch manche Beiträge in den Massenmedien, die nur zu oft die eheliche Treue und die Ehrfurcht der Geschlechter voreinander — auch vor den Augen der Kinder und Jugendlichen — untergraben. Das alles bewirkt — zusammen mit der finanziellen Benachteiligung der Mehrkinderfamilien — eine wachsende Familien- und Kinderfeindlichkeit sehr zum Schaden unserer Gesellschaft. Der katastrophale Geburtenrückgang ist ein Warnzeichen, das uns allen zu denken geben sollte.

III. Pflichten des Staates

Die Verantwortlichen im öffentlichen Leben stehen vor der Aufgabe, alles zu tun, damit die Bürger frei und selbstverantwortlich bleiben und nicht zum Gegenstand staatlicher Versorgung und Planung entmündigt werden. Die schöpferischen Initiativen freier Gruppen und Verbände in unserer Gesellschaft, die ein notwendiges Gegengewicht gegen allzu starke zentrale Verfügungsgewalt des Staates bilden, sind zu fördern.

Der Schutz des Lebens ist unantastbare Pflicht des Staates. In Gesetzgebung und Rechtsprechung, Erziehung und Bildung sowie in den Kommunikationsmitteln ist die Achtung vor dem Leben und vor der Würde des Menschen zu sichern.

IV. Appell an die Verantwortlichen

Wir haben auf Entwicklungen hingewiesen, die uns mit großer Sorge erfüllen. Unsere Darlegungen wenden sich an die Politiker aller Parteien, an die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, an die Verantwortlichen in allen Bereichen unserer Gesellschaft, besonders auch in den Kommunikationsmitteln, und vor allem an jeden einzelnen Bürger, auf den es ja in der Demokratie letztlich ankommt.

Wir haben die Gefahren offen genannt. Mit Resignation lassen sie sich nicht bannen. Unser Volk hat auf dem sittlichen, politischen und wirtschaftlichen Trümmerfeld des Jahres 1945 eine Ordnung aufgebaut, die es lohnt, daß wir sie ungeachtet mancher Mängel verteidigen und weiterentwickeln. Die überwiegende Mehrheit der Bürger und auch unserer Jugend ist dazu bereit.

Darauf gründet sich unsere Hoffnung. Wir sind als Christen überzeugt, daß die Kraft Gottes auch in unserer Zeit wirksam ist.

Kurzinformationen

Die kurze Reise Papst Pauls VI. am Samstag, dem 16. September, zum nationalen Eucharistischen Kongreß in Udine (Italien) fand genau zehn Tage vor seinem 75. Geburtstag am 26. September statt. Der Papst machte in Venedig und in der alten Patriarchatsbasilika von Aquileja am Vormittag kurz Station. In Venedig wandte er sich gegen eine „konformistische, ikonoklastische, säkularisierte Mentalität“, wodurch die unveränderliche Glaubenshinterlage und das wertvolle geschichtliche Erbe der Kirche Gefahr laufe verlorenzugehen (vgl. Osservatore Romano, 17. 9. 72). „Anerkennung und Achtung vor den Werten der Tradition“ sei keine „Passivität, sondern eine positive, überlegte, kritische und freie Haltung.“ „Ach-

tung, Sinn für und Liebe zur Tradition sind kein Immobilismus“, sagte der Papst, sondern verlangen „moralische Kraft“, „Tiefe“, „Festigkeit“ und „Widerstandskraft gegen die kurzfristigen Moden der Zeit“. Die Tradition sein ein „Element des Fortschritts für den einzelnen wie für die Gemeinschaft“. Nach einem kurzen Besuch in der Patriarchatsbasilika von Aquileja besuchte der Papst nachmittags Udine, wo er vor rund 200 000 Besuchern des Eucharistischen Kongresses, darunter Kroaten und Slowenen und zahlreiche Repräsentanten der baptistischen, lutherischen, evangelischen, anglikanischen und anderer Kirchen sowie vor dem persönlichen Vertreter des neuen Patriarchen von Konstantinopel, zum Kongreßthema